

Pflege: Gegenwärtig ist Pflege viel zu stark nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert, dagegen spreche ich mich strikt aus. DIE LINKE versteht Pflege als eine Aufgabe der Gesellschaft und damit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht als Geschäftsmodell, mit dem möglichst viel Profit gemacht werden soll.

Deshalb trete ich für eine Politik ein, die sich an den individuellen Bedürfnissen der pflegebedürftigen Menschen orientiert. Wichtig ist mir vor allem, dass Betroffene selbstbestimmt entscheiden können, welche Form der Pflege sie wünschen. Das ist aber vielfach gar nicht mehr möglich. Zum einen, weil Plätze fehlen, zum anderen, weil Pflege zunehmend zu einer Frage des Geldbeutels geworden ist. Ich will mich deshalb dafür stark machen, die Leistungen so zu gestalten, dass es allen Menschen möglich ist, selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Gute Pflege darf nicht von den eigenen finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Damit eine solche neue Pflegepolitik gelingt, muss das Leistungsniveau der Pflegeversicherung deutlich angehoben werden. Ich setze mich außerdem dafür ein, dass eine künftige Landesregierung ausreichend Mittel für den dringend erforderlichen flächendeckenden Ausbau der Pflegeplätze bereitstellt. Damit sind die Kommunen und Kreise heute häufig alleingelassen.

Ich halte es für einen nicht hinzunehmenden Mißstand, unter welchen Bedingungen Beschäftigte in der Pflege arbeiten müssen. Ihr Alltag ist fast immer von Arbeitshetze und schlechter Bezahlung geprägt. Darunter leiden nicht nur sie selbst, sondern auch die zu pflegenden Menschen und deren Angehörige. Pflege ist eine verantwortungs- und anspruchsvolle Arbeit. Auch deshalb muss das Leistungsniveau der Pflegeversicherung deutlich angehoben werden – die Beschäftigten brauchen endlich eine bessere Bezahlung, Mini- und Midijobs müssen in reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt werden. So kann auch dem für unsere Grenzregion typischen Problem der Abwanderung qualifizierter Kräfte in die Schweiz entgegengewirkt werden. Die Eidgenossen machen uns nämlich vor, wie gute Pflege geht.

Wohnen im Alter: Die Wohnungsnot in einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg ist ein gesellschaftlicher Skandal. Gerade ältere Menschen sind überdurchschnittlich von ihr betroffen. Seit Jahren hat nicht nur der Bund, sondern auch das Land die Förderung von bezahlbarem Wohnraum immer weiter heruntergefahren. Das hat sich leider auch nicht geändert, seit Grüne und SPD in Stuttgart regieren. Baden-Württemberg befindet sich bei der Förderung von Wohnraum und dem Bau von Sozialwohnungen bundesweit auf dem vorletzten Platz. Längst betrifft die Wohnungsnot nicht mehr nur Ballungsräume oder Universitätsstädte wie Konstanz, auch in den kleineren Umlandgemeinden macht sie sich bemerkbar. Wohnungssuchende und Mieter in Singen und anderen Orten im Kreis können ein Lied davon singen. DIE LINKE hat deshalb Anfang Februar ein Sofortprogramm für bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg vorgestellt, das drei Hauptpunkte umfasst:

1. Die nächste Landesregierung muss noch für dieses Jahr sofort 250 Millionen Euro für Wohnungsbau bereitstellen, um den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau zu stärken. In den folgenden Jahren brauchen wir sogar 500 Millionen Euro pro Jahr, um die Wohnungsnot einzudämmen und 50.000 Wohnungen pro Jahr zu errichten, davon müssen zwingend mindestens 30% Sozialwohnungen sein. Die Regierung muss ein zusätzliches Förderprogramm für kommunale Wohnungsbaugesellschaften einrichten, damit öffentliche Investitionen auch in öffentlicher Hand bleiben und dauerhaft günstige Mietpreise garantiert werden können. Gerade in Singen ist nach der GVV-Pleite der Aufbau einer neuen städtischen Wohnungsbaugesellschaft dringend erforderlich.

2. Wir müssen dringend unbegründeten Leerstand verhindern. Deshalb setzt sich die LINKE dafür ein, das seit 2014 geltende Zweckentfremdungsverbot auch wirksam und vor allem flächendeckend umzusetzen.

3. Das Land soll außerdem eine landeseigene Wohnbau- und Betriebsgesellschaft aufbauen, die sich an kommunalen Wohnbaugesellschaften mit verbindlich sozialem Auftrag beteiligt oder dort selber baut. So können die Handlungs- und Förderspielräume im Wohnungsbau weiter ausgebaut und ausdifferenziert werden.

Selbstverständlich ist Barrierefreiheit ein unverzichtbares Kriterium für alle Wohnbaumaßnahmen.

Rente: Dank der rentenpolitischen Kahlschlagpolitik und der staatlich geförderten Ausbreitung eines Niedriglohnsektors droht vielen Menschen in den kommenden Jahren bittere Altersarmut. Die Beiträge, die eingezahlt werden, sind zunehmend weniger „wert“. Durch die rentenpolitischen „Reformen“ der vergangenen Jahre wird das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente bis 2030 noch weiter sinken – bis auf 43 % vom Nettoeinkommen. Immer mehr Menschen müssen im Alter Grundsicherung beantragen oder trotz ihres verdienten Ruhestandes weiter arbeiten.

Wie bei vielen sozialpolitischen Fragen wird auch über die Rente nicht im Land, sondern in Berlin entschieden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Baden-Württemberg im Bundesrat Gesetze einbringt oder unterstützt, die die Renten wieder sicherer machen. Dazu gehört, dass das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente mindestens wieder auf 53% erhöht werden muss, damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden kann und die Renten für alle spürbar steigen. Wir wollen auch, dass Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege deutlich besser abgesichert werden. Alle Erwerbseinkommen müssen darüberhinaus in die Rentenversicherung eingehen – auch von Selbstständigen, Beamten und Politikern. Auch eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze ist notwendig, um die Rente langfristig solidarisch zu finanzieren. Langfristig tritt DIE LINKE für eine gesetzliche Mindestrente ein, die ein menschenwürdiges Leben im Alter möglich macht.

Sicherheit im öffentlichen Raum: Laut Kriminalstatistik 2014 des Polizeipräsidiums Konstanz für die Landkreise Konstanz, Ravensburg, Sigmaringen und den Bodenseekreis hat sich die Sicherheitslage ja sehr unterschiedlich entwickelt. So verzeichnet die Polizei bei der Straßensicherheit und bei Gewaltdelikten erfreulicherweise einen Rückgang, andererseits haben aber vor allem im Kreis Konstanz die Wohnungseinbrüche zugenommen. Meiner Überzeugung nach ist Kriminalität wesentlich eine Folge des Scheiterns von Integration in die Gesellschaft aufgrund von sozialer Perspektivlosigkeit. Insofern halte ich alle Maßnahmen, die das Ziel haben, das auch in unserem reichen Land leider immer schroffer werdenden Auseinanderklaffen von Arm und Reich abzumildern, für die beste Kriminalprävention. Wer will, dass Menschen sich an die Spielregeln der Gesellschaft halten, muss diese auch für alle lebenswert machen. Richtig ist natürlich, dass alle Bürger Anspruch haben, vor ungesetzlichen Über- und Eingriffen geschützt zu werden. Soweit ich das beurteilen kann, ist dieser Schutz in unserer Region aber gegeben, wofür nicht zuletzt die hohe Aufklärungsquote von 61 Prozent (2014) spricht.

Mobilität: Ich bin selbst häufig auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen, da ich kein Auto besitze. Dabei ärgern mich immer wieder die hohen Preise, vor allem aber die fehlenden Verbindungen auf dem „flachen Land“. Für uns hat der flächendeckende Ausbau des ÖPNV einen hohen Stellenwert – er muss aber auch bezahlbar sein. SPD und Grüne hatten ein landesweites Sozialticket versprochen, wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass es endlich kommt! Unabhängig davon mache ich mich stark für ein Sozialticket im Landkreis Konstanz.

Unser Ziel ist es, nachhaltige Mobilität für alle zu ermöglichen. Das ist, gerade für Ältere, noch lange nicht realisiert. Im Gegenteil: nach wie vor gibt es einen Trend zur Zentralisierung von Einkaufsmöglichkeiten und Ämtern. Das schafft längere Wege, unnötig mehr Verkehr und erschwert Menschen mit Mobilitätseinschränkungen die gesellschaftliche Teilhabe. Meiner Ansicht nach muss bei der Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte bei der Stadtentwicklung und der Raumplanung angesetzt werden. Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und ressourcensparende Verkehrsmittel. Bei allen Maßnahmen muss das Land für Barrierefreiheit sorgen, um Älteren und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen buchstäblich mehr Bewegungsfreiheit zu verschaffen. DIE LINKE fordert, dass dazu verbindliche Landesstandards entwickelt werden.